Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 10

Artikel: Die Sozialisierung des englischen Grosshandels
Autor: Rosenberg, Curt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336004

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

27. Jahrgang *Oktober 1948* *Heft 10*

CURT ROSENBERG

Die Sozialisierung des englischen Großhandels

In England spielt sich augenblicklich in aller Stille ein Experiment ab, welches für den Fortschritt des sozialistischen Gedankens vielleicht ebenso interessant ist wie das so viel lautere und die Aufmerksamkeit mehr herausfordernde Experiment des Bolschewismus. Es ist der Versuch, auf parlamentarischem und gesetzlichem Wege die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine sozialistische umzuwandeln. In seiner Vorrede zur ersten englischen Übersetzung des «Kapitals» erzählt Engels, daß Karl Marx eine solche Umwandlung in England für möglich erklärt habe, und es sieht fast so aus, als ob diese Ansicht des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus nun durch die Tatsachen bestätigt werde. Zu diesem Umwandlungsprozeß gehört aber nicht bloß die Nationalisierung der Eisenbahnen und gewisser Schlüsselindustrien, die dem durchschnittlichen Zeitungsleser am meisten in die Augen fallen, sondern mindestens ebenso wichtig ist dabei der Aufbau einer großen und sehr komplizierten Maschinerie, die allmählich immer größere Teile der Wirtschaft unter die Kontrolle des Staates nimmt. Wer sich einen Überblick hierüber verschaffen will, darf sich nicht mit der Lektüre der Tageszeitungen begnügen, sondern er muß einen Blick in die Gesetzsammlung, das «*Statute Book*», werfen und die Veröffentlichung des *Board of Trade* und die Hefte des «*Economist*» durchsehen. Dann wird er eher verstehen, was eigentlich in England vorgeht und weswegen die bürgerliche Presse in ihrem erbitterten Kampf gegen die Labour-Regierung nicht müde wird und jeden Tag etwas Neues erfindet, um die Wählerschaft gegen sie einzunehmen. Die Besorgnis bei denen, die genau wissen, was vorgeht, ist groß, und der Bau der sozialistischen Planwirtschaft schreitet geräuschlos, aber unaufhaltsam vorwärts.

Ein sehr wichtiges Stück hierbei ist die Kontrolle des Großhandels durch den Staat. Dieser ist allmählich der größte Händler in allen für die Volkswirtschaft notwendigen Massenwaren geworden. Er hat hier die alte Profitwirtschaft mit ihrer Spekulation und ihren Preistreibereien zum großen Teil ausgeschaltet und an ihre Stelle das Prinzip der Preisstabilisierung und der Bedürfnisbefriedigung gesetzt. Die Anfänge dieser Entwicklung liegen allerdings schon weiter zurück, und die Kriegswirtschaft hat viel vorbereitet, aber erst die gegenwärtige Labour-Regierung hat die Organisation für die Dauer festgelegt und auf die meisten Zweige des Warenverkehrs übertragen.

Ein Anfangsschritt auf diesem Wege war bereits das landwirtschaftliche Marktgesetz – *Agricultural Marketing Act* – von 1931 und im Anschluß daran das Weizengesetz – *Wheat Act* – von 1932. Das erste Gesetz eröffnete die Möglichkeit, Produktion und Preisgestaltung von landwirtschaftlichen Produkten aller Art zu regulieren, und setzte landwirtschaftliche Marktämter ein, um solche Produkte zu kaufen und zu verkaufen. Das Weizengesetz sah einen Standardpreis für Weizen vor, der alljährlich von einer Sachverständigenkommission zu bestimmen ist und den Landwirten einen angemessenen Gewinn sichert; außerdem wird ihnen durch das Gesetz die Abnahme des von ihnen angebauten Weizens garantiert. Die Farmer müssen sich zu diesem Zwecke registrieren lassen und erhalten ein bestimmtes Kontingent zugewiesen, das ihnen der Staat zum Standardpreis abzunehmen hat. Es wurde dabei auch eine Korporation der Getreidemühlen geschaffen und deren Gewerbe der staatlichen Kontrolle unterstellt. Das Interesse der Verbraucher wurde dadurch gewahrt, daß die Detailpreise weit niedriger gehalten wurden und der Staat die Differenz der Kosten übernahm. Beide Gesetze dienten zwar mehr dem Schutze der Landwirtschaft und ihrer Leistungsfähigkeit im Kriegsfalle, aber sie enthielten gleichwohl wichtige Elemente einer sozialistischen Planwirtschaft.

Das Marktgesetz war zunächst nur ein Rahmengesetz, seine Wirkung wurde aber allmählich auf eine immer größere Anzahl von landwirtschaftlichen Produkten ausgedehnt, so daß das Marktamt bald als Großabnehmer entscheidende Bedeutung erlangte. Das Weizengesetz legte die Produktionsmenge des wichtigsten Brotgetreides fest und garantierte den Produzenten einen angemessenen Preis, der sie von den gefährlichen Schwankungen des Weltmarktpreises unabhängig machte und endlich das Problem der Erhaltung der Landwirtschaft ohne Zollschutz löste, indem es gleichzeitig die Detailpreise im Interesse der Verbraucher kontrollierte.

Das waren aber erst vereinzelte Anfänge, bei denen das sozialistische Element nur eine Nebenwirkung darstellte. Eine planmäßige Organisierung

der gesamten Wirtschaft erfolgte erst im Kriege und als Kriegsmaßnahme. Damals wurde durch das Gesetz vom 13. Juli 1939 ein Versorgungsministerium – *Ministry of Supply* – gebildet, und der Minister erhielt diktatorische Vollmachten zum Erwerb und zur Produktion aller Waren, die für den öffentlichen Dienst notwendig sind. Seine Aufgabe war bereits durch ein Gesetz vom 29. Juli 1938 vorbereitet worden, das eine Bestandesaufnahme aller notwendigen Waren veranlaßte. Der ganze hiernach festgestellte Warenbestand unterlag nun der Verfügung des Staates und darüber hinaus auch die Planung und Lenkung der Produktion. Freilich war das bloß eine Kriegsmaßnahme, aber die dazu erforderliche Maschinerie war so umfassend, daß dadurch eine *wahre Revolution des Wirtschaftslebens* herbeigeführt wurde. Der britische Staat hatte sich zum größten Warenkaufmann der Weltgeschichte entwickelt. Er regulierte den Produktionsprozeß und die Warenpreise ohne Rücksicht auf das Profitinteresse. Dieser Zustand hätte nach dem Kriegsende auch von einer konservativen Regierung kaum wieder vollständig beseitigt werden können, und der konservative Außenminister Eden äußerte sich damals (1942) in einer Rede vor seinen Wählern in Leamington folgendermaßen:

> «Wenn wir jemals wieder versuchen sollten, zur guten alten Zeit zurückzukehren, die übrigens für viele von uns gar nicht so gut gewesen ist, so können wir jedenfalls nicht daran denken, alle bestehenden Kontrollmaßregeln abzuschaffen und die alten anarchischen Zustände der Wirtschaft wieder herzustellen. Wenn wir das täten, würden wir nicht nur unsern guten Ruf verlieren, sondern uns selbst geradezu ins Unglück stürzen.»

Die Labour-Regierung war natürlich noch viel weniger geneigt, den alten Zustand wieder herzustellen, sie hat sich vielmehr bemüht, den Kriegssozialismus weiter auszubauen.

1. Sie behielt die Rationierung bei und mit ihr die öffentliche Bewirtschaftung der gesamten *Lebensmittelversorgung*. Infolgedessen blieb das britische Ernährungsministerium nach wie vor der größte Lebensmittelhändler der Weltgeschichte. Die Versorgung erfolgte durch langfristige Verträge, die teils mit privaten Firmen, teils aber auch mit fremden Regierungen abgeschlossen wurden. Die Einkaufsorganisationen der Genossenschaften – *Co-Operatives* – leisteten hierbei Hilfe. Das Ministerium nimmt die gekauften Waren nicht selber in Besitz, sondern gibt sie sofort an Großhändler weiter, welche die Verteilung an die Detallisten übernehmen. Am besten funktioniert das System im Binnenhandel mit der heimischen Landwirtschaft, wo der Staat durch Marktämter vertreten wird, die eine genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse besitzen.

Von großen Verträgen mit andern Regierungen mag ein Vertrag des britischen Ernährungsministeriums mit der kanadischen Regierung erwähnt werden, wonach diese für die Jahre 1947 und 1948 etwa 600 Millionen Eier jährlich zu liefern hat. Ein besonders guter Lieferant für die englische Regierung ist Neuseeland, von dem Eier, Butter, Käse und Gefrierfleisch bezogen werden. Hier steht meist die genossenschaftliche Verkaufsorganisation der englischen Regierung als Verkäufer gegenüber, und diese steht wieder in engen Beziehungen mit den großen britischen Genossenschaften.

Durch die großen Verträge ist im allgemeinen ein vorteilhafter Einkauf möglich. Gleichwohl ist die Lebensmittelversorgung des britischen Volkes für die Regierung kein gewinnbringendes Geschäft, denn die Detailpreise sollen niedrig gehalten werden. So waren im Budget für 1947/48 392 Millionen Pfund Sterling für Nahrungsmittelzuschüsse vorgesehen. Ein großer Teil dieser Summe dürfte an die britischen Landwirte bezahlt werden, bleibt also im Lande. Die Wirkungen dieses Systems für die Volksgesundheit sind außerordentlich günstig. Dabei spielt die Milchversorgung, die seit 1939 eine unerhörte Steigerung erfahren hat, eine besondere Rolle. Die Schulkinder erhalten während der Schulzeit Milch zu herabgesetzten Preisen oder sogar umsonst. Tatsächlich ist der allgemeine Gesundheitszustand niemals besser gewesen, und das System hat sich als ein wirksames Instrument für eine vernünftige Ernährungspolitik erwiesen. Volksgesundheit ist besser als Geldprofite, und so sind die Zuschüsse im Grunde eine gute Anlage.

2. Die Versorgungstätigkeit des Staates beschränkt sich aber nicht auf Nahrungsmittel; sie umfaßt viele andere Waren des täglichen Bedarfs, zum Beispiel *Bekleidungsgegenstände*. Auch hier scheint das Versorgungsprinzip vorzuherrschen und nicht das Profitinteresse, denn für 1947/48 waren 33 Millionen Pfund Sterling an Zuschüssen aus der Staatskasse für Bekleidungswaren zu leisten. Eher scheint die Möglichkeit eines Gewinns zu bestehen bei *Rohstoffen*, wie Kupfer, Zinn und andern Metallen, die ebenfalls Gegenstand des Staatshandels sind. Die Organisation ist in der Regel so, daß der Einkauf entweder dem Ministerium überlassen ist oder daß für die Beschaffung bestimmter Waren eine besondere Körperschaft gebildet wird, die, von der Regierung mit einem Anfangskapital ausgestattet, die Geschäfte selbständig führt. Diese Körperschaften legen alljährlich Rechnung ab, und ihre Berichte werden dem Parlament vorgelegt, aber nicht veröffentlicht. Es ist möglich, daß manche mit Gewinn arbeiten, doch dürfte das am Gesamtresultat, daß das System als solches kein gewinnbringendes ist, nichts ändern. Im allgemeinen eignen sich Massen- und Stapelwaren am besten für den Erwerb durch

öffentliche Stellen, während Waren mehr individueller Natur, wie Maschinen und Fertigfabrikate, zunächst dem Privathandel überlassen bleiben.

3. Der Staat betreibt nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1945 auch den Großhandel mit *Baustoffen*, wobei unter Baustoffen auch die Teile von fabrikmäßig hergestellten Häusern verstanden werden. Es besteht zwar kein eigentliches Staatsmonopol, aber da für jeden Erwerb von Baustoffen durch Privatpersonen eine besondere Genehmigung erforderlich ist, kommt der Zustand tatsächlich einem Monopol gleich und begründet den Vorrang der öffentlichen Wohnungsfürsorge vor der privaten, was vom privaten Baugewerbe beklagt wird. Zweifellos liegt aber auch hierin ein Element des Sozialismus, und es ist dadurch namentlich die fabrikmäßige Herstellung von Häusern in ganz ungeheurem Umfang ermöglicht worden. Sie wurde von früheren Flugzeugfabriken übernommen, die zu diesem Zwecke umgestellt wurden und die nur dank den gewaltigen Regierungsaufträgen in der Lage waren, diese Umstellung vorzunehmen. Eine einzige dieser Fabriken in Dumbarton in der Nähe von Glasgow stellt 200 Häuser wöchentlich her, die auf großen Lastautos direkt an ihren Bestimmungsort geschafft und dort mit phantastischer Geschwindigkeit zusammengestellt werden. Die nötigen Bauplätze können in einem schnellen und einfachen Verfahren enteignet werden. Mieten, bzw. Kaufpreise sind reguliert. Der Staat macht auch auf diesem Gebiet keine Gewinne, denn Häuser wie Baumaterialien können *unter* dem Selbstkostenpreis verkauft werden, und die vom Baustoffonds zugelegte Differenz muß das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege ersetzen, denn die Wohnungsfürsorge wird mit Recht als ein Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege betrachtet.

4. Eine besondere Rolle spielt schließlich der Handel in *Rohbaumwolle*. Der Ankauf dieses Rohstoffes für die britische Textilindustrie, die sich hauptsächlich in Manchester und Umgebung konzentriert, war schon während des Krieges in den Händen des Staates, und die früher so berühmten Baumwollbörsen in Manchester und Liverpool sind seit vielen Jahren geschlossen. Nun ist dieser Zustand durch ein Gesetz vom 21. Mai 1947 für die Dauer festgelegt worden. Es ist danach zum Zwecke des Einkaufs von Rohbaumwolle eine Rohbaumwollkommission mit Sitz in Liverpool errichtet worden, der Handelssachverständige und Arbeitervertreter angehören. Die Kommission ist mit einem Fonds von 210 Millionen Pfund Sterling ausgestattet und hat das Recht, Rohbaumwolle zu erwerben. Nach Mitteilungen, die der Regierungsvertreter bei der Debatte über das Gesetz im Parlament machte (2. Dezember 1946), wird dabei die moderne Methode des zentralisierten Großeinkaufs angewendet, wie sie die Konsumgenossenschaften und die sogenann-

ten Kettengeschäfte im Privathandel ausüben. Die Kommission unterhält große Lagerräume und eine reiche Musterkollektion. Die Opposition klagte zwar darüber, daß der Privathandel den Wünschen der Spinnereien nach bestimmten Mustern besser nachgekommen sei, auf der andern Seite verfügt aber die Kommission, die in der Lage ist, das gesamte Gewerbe zu übersehen, über Informationen, wie sie keinem Einzelkaufmann in dieser Reichhaltigkeit zu Gebote stehen können, und es ist auch wirtschaftlich vorteilhafter, wenn sich die Fabrikation auf eine Anzahl von Standardmustern beschränkt. Zurzeit ist es auch von großer Bedeutung, daß die Kommission bei der Beschaffung der für den Einkauf erforderlichen fremden Valuten viel weniger formelle Schwierigkeiten hat als der Privathandel.

Der staatliche Einkauf kann zwar Preisschwankungen nicht völlig ausschließen, und die Preise für Baumwolle sind seit 1939 fast auf das Dreifache gestiegen, aber sie kann doch die Wirkung der Preissteigerung auffangen und mildern. Etwaige Gewinne, welche die Kommission macht, sollen aufgesammelt und hierzu verwendet werden. Also auch in diesem Falle tritt das Profitinteresse hinter dem Interesse der Preisstabilisierung und der Versorgung zurück.

Die Baumwollversorgung der Textilindustrie ist ein besonders wichtiges Teilstück in dem Sozialisierungsprozeß, sie ist das Mittel zur Kontrolle einer der wichtigsten englischen Industrien, und ihr Erfolg würde von großer prinzipieller Bedeutung sein. Der Sozialisierungsprozeß schreitet langsam, aber unaufhaltsam fort. Sein nächstes Objekt ist die *Stahlindustrie*, aber ein Gesetz vom 31. Juli 1947, welches die Aufnahme einer Produktionsstatistik anordnet, scheint weitere Maßnahmen vorzubereiten; denn die Aufnahme soll sich nicht bloß auf die Produktionsziffern erstrecken, sondern umfaßt die ganze Organisation aller industriellen Betriebe: Zahl der Arbeiter und Angestellten, Ausgaben und Einnahmen, Aktiven und Passiven, so daß die Regierung damit eine vollständige Inventur der gesamten britischen Industrie erhält und sich ein Urteil darüber bilden kann, welche Betriebe für eine Nationalisierung in Frage kommen. Die Aufnahme der Statistik soll im Jahre 1949 vor sich gehen.

(Die Leser des vorstehenden Aufsatzes werden bemerkt haben, daß England — einst das klassische Land des Liberalismus — den Ausbau staatlicher Importmonopole viel weiter getrieben hat als es die kürzlich im Nationalrat abgelehnte Motion Grimm verlangte. — Red.)